



## **Podiumsdiskussion mit den bildungspolitischen Sprechern der Parteien vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus**

Personal / Verbeamtung, Corona-Maßnahmen, Digitale Ausstattung von Schulen: Aus Sicht des IBS aktuell die drängendsten Probleme der Bildungspolitik in Berlin. Welchen Standpunkt beziehen dazu die Parteien, die sich bei den bevorstehenden Wahlen um die Plätze im Abgeordnetenhaus bewerben?

Auch im Vorfeld der Wahl 2021 lud der IBS am 24. August 2021 Vertreter der gegenwärtig im Parlament vertretenen Parteien zur Podiumsdiskussion ein. Im Ernst-Abbe-Gymnasium - aus Gründen des Hygieneschutzes in der Turnhalle und im gehörigen Abstand zueinander - versammelten sich die Teilnehmer in Präsenz. Auch per Videokonferenzschaltung war die Teilnahme möglich. Die Vorbereitung der Veranstaltung lag in den Händen des Vorstandsmitglieds Tilmann Kötterheinrich-Wedekind, die Moderation bei der IBS-Vorsitzenden, Astrid-Sabine Busse.

Nach der Begrüßung durch die IBS-Vorsitzende stellten sich die Vertreter der Parteien in kurzen Statements vor.

### ***Dirk Stettner, CDU***

Mitglied des Abgeordnetenhauses seit 2018, seit zwei Jahren bildungspolitischer Sprecher der Fraktion.

„Bildung muss der Schwerpunkt der Politik in Berlin sein.“

### ***Maren Jasper-Winter, FDP***

Juristin, Mitglied des Abgeordnetenhauses seit 2016, Sprecherin der Fraktion für berufliche Bildung

„Bildung ist die soziale Gerechtigkeitsfrage in der Gesellschaft.“

### ***Melanie Kühnemann-Grunow, SPD***

Studienrätin, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Sprecherin ihrer Fraktion für Jugend und Familie

### ***Susann Worschech (Grüne), Grüne***

Soziologin, Lehrtätigkeit an der Viadrina, Wahlbewerberin in Neukölln, Erfahrung in schulischen Gremien im Bezirk

Linke und AFD hatten keine Vertreter entsandt.

Für **Worschech (Grüne)** ist die Verbeamtung altmodisch und passt nicht in eine moderne Gesellschaft. Die „Zweiklassengesellschaft“ im Lehrerzimmer müsse ein Ende haben. Für die Abwanderung junger Lehrkräfte nach Brandenburg sei nicht nur der Beamtenstatus ausschlaggebend. Sie kenne viele Lehrkräfte, die Freude an der Arbeit hätten und begeisterungsfähig seien. Diese Eigenschaften müssten erhalten und gefördert werden. Neben finanziellen Anreizen bräuchten Lehrkräfte mehr Zeit, insbesondere für die Unterrichtsvorbereitung.

Obwohl alle Bundesländer personelle Probleme hätten, so **Kühnemann-Grunow (SPD)**, sei die Rückkehr zur Verbeamtung, zu der sich die SPD mit einem Parteitagsbeschluss entschieden habe, wichtig, da diese von den jungen Lehrkräften gewünscht werde. Lehrer hätten ein gutes Gehalt, das Thema „Geld“ sei nicht entscheidend. Jedoch müsse durch eine

Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung die Attraktivität des Lehrerberufes weiter gesteigert werden. Um die Zahl der Absolventen zu vergrößern, müsse die Ausbildungskapazität der Hochschulen erhöht werden. Die „Brennpunktzulage“ habe für Unmut gesorgt.

Das diskriminierende Etikett „Brennpunktschule“ solle, so **Jasper-Winter (FDP)**, besser durch „Talentschule“ ersetzt werden. Eine Rückkehr zur Verbeamtung sei wegen künftiger Pensionsverpflichtungen zu teuer. Die in andere Bundesländer abgewanderten Lehrkräfte habe niemand gefragt, ob die Attraktivität des Beamtenstatus dafür ausschlaggebend gewesen sei. Sie trat für eine Personalausstattung der Schulen mit 110% ein.

**Stettner (CDU)** erinnerte daran, dass die CDU schon 2011 für die Verbeamtung von Lehrkräften eingetreten sei, wie es in den anderen Bundesländern die Regel gewesen sei. Im Beamtenstatus drücke sich auch eine Wertschätzung des Lehrberufs aus. In jedem Falle sollten die Mitglieder der Schulleitung Beamte sein. Statt einer Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung sollten Lehrkräfte von nichtpädagogischen Aufgaben befreit werden.

Aus dem Publikum wurde darauf verwiesen, dass der Lehrberuf zu Recht als hoheitliche Aufgabe gesehen werde, die den Beamtenstatus erfordere. Schule sei die maßgebliche Sozialisationsinstanz und verteile Lebenschancen.

Aus dem Chat kam die Frage, ob Eigenverantwortung und Selbständigkeit von Schulen nicht eine - ungewünschte - Segregation fördere.

**Worschech (Grüne)** sprach sich gegen restriktive Maßnahmen zur Schulwahl aus. Wenn sich Schulen unterschiedlich entwickelten, sollten „gute“ Schulen andere „mitziehen“. Nicht Konkurrenz, sondern Kooperation sollte das Ziel sein, und zwar in einem strukturierten Programm.

**Kühnemann-Grunow (SPD)** trat dafür ein, dass Schulen ein Profil entwickeln, das sich an ihrem Kiez orientiere. Das bedeute auch, dass Schulen in einen Wettbewerb geschickt würden. Das hindere jedoch nicht daran, mit anderen Schulen zu kooperieren.

**Stettner (CDU)** äußerte dazu, Schulen seien schon immer unterschiedlich und stünden im Wettbewerb miteinander, das sei kein Negativum.

Ein Beitrag aus dem Publikum äußerte Kritik daran, dass es an Grundschulen keine weiteren Funktionsstellen (wie an Oberschulen) außer der Schulleitung gebe. Auch das sei ein Grund, dass Personal abwandere.

Ein weiterer Beitrag stellte infrage, ob denn jede Oberschule zum Abitur führen müsse. Nicht für jeden sei das Abitur sinnvoll.

**Jasper-Winter (FDP)** hob den Wert einer beruflichen Ausbildung hervor und trat für die Aufwertung der OSZ ein. Neue Modelle seien denkbar, wie ein „Berufsabitur“. Für die 8. oder 9. Klassen schlug sie Informationen über berufliche Bildung vor, die durch Azubis erfolgen könne.

Zum Thema Corona-Maßnahmen und Digitalisierung erklärte **Kühnemann-Grunow (SPD)** ihre Zustimmung zur Maskenpflicht in Schulen und zum Einsatz von Luftfiltern. Impfangebote für Lehrkräfte seien erfolgreich gewesen und hätten zu einer Impfquote von 75% geführt. Die Einschränkungen durch die Pandemie hätten die Probleme bei der Digitalisierung deutlich gemacht.

**Jasper-Winter (FDP)** kritisierte, das Grundrecht auf Bildung und offene Schulen sei ausgehebelt, die unzureichende digitale Ausstattung offenbar geworden. An Testungen in der Schule und den Einsatz mobiler Impfteams sei nur zögerlich herangegangen worden.

**Worschech (Grüne)** nahm für die Fraktion der Grünen im Abgeordnetenhaus als großen Erfolg in Anspruch, die Anschaffung von Luftfiltern für jeden Klassenraum durchgesetzt zu haben.

Auch **Stettner (CDU)** sieht Luftfilter in jedem Klassenraum als selbstverständlich an und die Maskenpflicht noch als notwendig. Die Schulen hätten trotz unzureichender

Rahmenbedingungen viel erreicht. Bei den Maßnahmen zum Aufholen von Lernrückständen sollte die Schulverwaltung den Schulen vertrauen; diese würden ihre Schüler am besten kennen.

In einem Abschlusswort kamen die Vertreter der Parteien noch einmal zu Wort.

**Worschech (Grüne):** Das Lernen müsse wieder in den Schulen stattfinden. Die Lehrerkollegen hätten „unter dem Radar der Verwaltung“ gearbeitet.

**Kühnemann-Grunow (SPD):** Rückkehr zur Verbeamtung und Reduktion der Unterrichtsverpflichtung seien vorrangige Ziele. Wertschätzung der Lehrkräfte und Vertrauen in die Schulen müssten selbstverständlich sein. Den Schulen sei Budgethoheit zuzubilligen.

**Jasper-Winter (FDP):** Vorrangig seien der Corona-Schutz und die Digitalisierung der Schulen.

**Stettner (CDU):** Lehrkräfte müssten wieder verbeamtet werden. Die Schulverwaltung könne und müsse den Schulen vertrauen.

Die IBS-Vorsitzende, Astrid-Sabine Busse, dankt den Vertretern der Parteien für die sachbezogene Diskussion, frei von polemischen Äußerungen.

Michael Jurczok